

STADT WERTHER (WESTF.)

BEBAUUNGSPLAN NR. 18 "KÖK", TEILPLÄNE 1 UND 2

1. ÄNDERUNG IN TEXTFORM

Bestandteile dieser Änderung sind:

- I.1. RECHTSGRUNDLAGEN:
- I.2. VERFAHRENSVERMERKE
- I.3. FESTSETZUNGEN

Dieser 2. Änderung ist beigelegt:

II. BEGRÜNDUNG

I.1 RECHTSGRUNDLAGEN

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. 12. 1986 (BGBl I S. 2253)
Die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 1. 1990 (BGBl I S. 132)
§ 4 der Gemeindeordnung NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 8. 1984 (GV. NW. S. 475)

I.2 VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Stadt Werther (Westf.) hat gem. § 2 (1) und (4) BauGB beschlossen, den Bebauungsplan zu ändern.

Datum des Beschlusses: 16. JULI 1991

Werther (Westf.), den 29. APR. 1992

Bürgermeister Ratsmitglied

Gem. § 2 (1) und (4) BauGB ist der Beschluß, den Bebauungsplan zu ändern, ortsüblich bekannt gemacht worden.

Datum der Bekanntmachung: 24. AUG. 1991

Werther (Westf.), den 29. APR. 1992

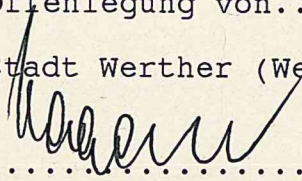
Der Stadtdirektor

Die Änderung hat als Entwurf mit der Begründung
gem. § 3 (2) öffentlich ausgelegen.

Datum des Beschlusses.....**16. JULI 1991**.....

Offenlegung von.....**02. SEP. 1991**.....bis.....**04. OKT. 1991**.....

Stadt Werther (Westf.), den.....**29. APR. 1992**.....


.....
Der Stadtdirektor

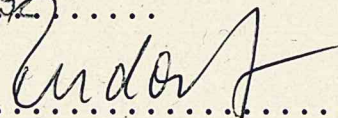
Der Rat der Stadt Werther (Westf.) hat die Änderung gem.
§ 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Datum des Beschlusses:.....**04. NOV. 1991**.....

Werther (Westf.), den.....**29. APR. 1992**.....


.....

Bürgermeister


.....

Ratsmitglied

Diese Änderung ist gem. § 11 (1) BauGB ^{am 4.5.1992} angezeigt worden.

Datum der Verfügung:.....**1. JUNI 92**.....

AZ.....**85.21.11-213 W.39**.....

Detmold, den.....**1. JUNI 92**.....

Der Regierungspräsident Im Auftrage

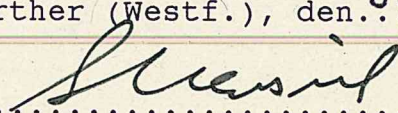


Die Durchführung des Anzeigeverfahrens ist gem. § 12
BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Änderung
wird mit der Begründung ab

27. JUNI 1992
.....

zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Stadt Werther (Westf.), den.....**03. JULI 1992**.....


.....
Im Auftrage:

Der Stadtdirektor

I.3 FESTSETZUNGEN

Folgende Festsetzung entfällt:

FESTSETZUNGEN gem. § 9 (1) Ziff. 11 BBauG

Nebenanlagen und Einrichtungen nach § 14 Abs. 1 BauNVO -ausgenommen Garagen, Stellplätze und die erforderlichen grundstücksbezogenen Spielflächen- sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig.

Erläuternder Hinweis (keine Festsetzung):

Durch die Aufhebung dieser Festsetzung sind alle Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO im gesamten Plangebiet zulässig.

II. BEGRÜNDUNG

Im Bebauungsplan Nr. 18 -Teilpläne 1 und 2- ist folgende textliche Festsetzung gemäß § 9 Ziffer 4 BauGB enthalten:

"Nebenanlagen und Einrichtungen nach § 14 Abs. 1 BauNVO -ausgenommen Garagen und Stellplätze und die erforderlichen grundstücksbezogenen Spielflächen- sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig."

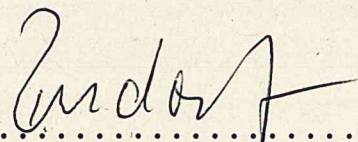
Entsprechend dieser Festsetzung dürfen z. B. Gartengerätehäuser und gedeckte Freisitze nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen errichtet werden. Diese Festsetzung führt aber gerade bei Grundstücken, die eine nur geringe überbaubare Fläche haben, zu einem bei Planaufstellung nicht gewollten Ausschluß solcher Anlagen.

Gemäß Beschluß des Stadtrates vom 16. 7. 1991 wird deshalb die gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 4 Bundesbaugesetz getroffene Festsetzung aufgehoben. Damit sind innerhalb des Plangebietes sämtliche Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO unter Beachtung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Werther (Westf.), den **29. APR. 1992**

Im Auftrage des Rates der Stadt:


.....
Bürgermeister


.....
Ratsmitglied